

## "Politikveränderung statt Politikwechsel"

Warum der neue Grünen-Landesvorsitzende Kai Klose an eine "fruchtbare" Zusammenarbeit mit der CDU glaubt, wie er mehr Nachtruhe am Frankfurter Flughafen erreichen möchte und was er von der Union im Umgang mit ihrem umstrittenen Abgeordneten Hans-Jürgen Irmer erwartet.

Wie entwickelt sich das "Zweckbündnis" mit der CDU nach mittlerweile fast 80 Tagen?

Wir Grünen sind sehr zufrieden mit dem, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Der Start der Koalition ist prima. Wir haben bereits einige wesentliche Dinge angepackt und pflegen einen konstruktiven und respektvollen Umgang. Wenn es uns gelingt, auf Dauer so miteinander zu arbeiten, kann das eine sehr gute und fruchtbare Regierungszeit werden.

Sie sprechen von einem respektvollen Umgang, ist er sogar schon freundschaftlich?

Mit dem Wort freundschaftlich bin ich in der Politik generell sehr vorsichtig. Der Umgang ist vertrauensvoll, es gibt Verständnis für die Position des jeweils anderen und den Willen zur Einigung. Das sind drei wichtige Pfeiler für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Aber da ist doch auch noch ein gehöriges Maß an Misstrauen, oder? Man beäugt sich schon noch genau, fürchtet, vom doch eigentlich ungewollten Partner über den Tisch gezogen zu werden?

Diese Art von Misstrauen ist schon während der langen Verhandlungen stark in den Hintergrund getreten. Der Satz von Volker Bouffier, dass wir annehmen sollten, auch der andere könnte mal recht haben, prägt den Geist der Zusammenarbeit. Kritische Themen werden zwischen CDU und Grünen in offener Diskussion, ohne unterschwelliges Misstrauen geklärt.

Manche CDU-Strategen glauben, sie könnten ihren kleinen Koalitionspartner vereinnahmen, einschläfern und dann auf Dauer ruhigstellen.

Ich kenne solche CDU-Strategen nicht. Wir haben gerade bei kritischen Feldern in den Koalitionsverhandlungen und teilweise bereits in den vorangegangenen Sondierungen intensiv mit der CDU gerungen und sehr konkrete Vereinbarungen getroffen.

Beispiel Fluglärm: Sind das konkrete Vereinbarungen? Da ist es doch kein Wunder, wenn der eine oder andere in der CDU sagt: Sollen sich die Grünen an dem Thema doch die Zähne ausbeißen, am Ende wird sich nichts verändern.

Es wird sich etwas verändern. Wir werden regelmäßig sieben Stunden Nachtruhe, statt derzeit sechs, hinkriegen. Das haben wir fest vereinbart, und ich habe keinen Zweifel daran, dass die maßgeblichen Protagonisten in der CDU das auch wollen. Dass das nicht von heute auf morgen zu schaffen ist, weil von den Fluglärm betroffenen über die Flugsicherung bis hin zum Flughafenbetreiber Fraport und den Airlines alle beteiligt werden müssen, ist doch klar. Entscheidend wird sein, ob die Flughafenbewohner die avisierte Verlängerung der Nachtruhe auch als solche empfinden. Letztlich geht es bei dem, was die Grünen vorhaben, doch nur darum, die Belastungen zu verschieben. Insgesamt wird es nicht leiser, sondern künftig, wenn die Zahl der Flugbewegungen wie prognostiziert zunehmen sollte, sogar noch lauter.

Ich bin überzeugt, dass eine zusätzliche planbare Stunde Nachtruhe eine wirkliche Entlastung für die lärmgeplagten Menschen bedeutet. Uns ist bewusst, dass siebenstündige Lärmpausen weniger sind als acht Stunden Nachtflugverbot. Aber sieben Stunden Ruhe sind eben auch deutlich mehr als die derzeitigen sechs.

Planbar heißt, die Menschen wissen frühzeitig, wann sie eine Stunde länger schlafen können?

Soweit das technisch machbar ist, weil die Nutzung der Start-und-Lande-Bahnen auch von der Windrichtung abhängt. Wichtig ist uns, dass künftig die Schaffung von siebenstündigen Lärmpausen bei der Planung der Flugbewegungen berücksichtigt wird.

Sie sind seit Dezember Landesvorsitzender der Grünen, in der Nachfolge von Tarek Al-Wazir. Haben Sie Angst, dass die Partei an dem Wagnis, das sie eingegangen ist, zerbrechen könnte?

Den Eindruck habe ich nicht. Die Partei hat im Dezember mit einer Dreiviertelmehrheit diesem Koalitionsvertrag zugestimmt, und sie diskutiert weiter sehr offen und begleitet die Regierungsarbeit konstruktiv-kritisch, so wie Grüne nun einmal sind. Am Ende wird entscheidend sein, was wir inhaltlich im Bündnis mit der CDU im Land verändern können.

Wie viele Austritte hat es bei den Landes-Grünen nach dem Bündnis mit der CDU gegeben?

Bis Ende Februar etwa 240, davon rund die Hälfte, die explizit mit Schwarz-Grün begründet waren. Dem standen aber auch 88 Eintritte gegenüber.

Das sind grüne Fans von Ministerpräsident Volker Bouffier?

(Lacht.) Das sind vor allem Fans von "Grüne regieren mit".

Gewisse Themen und Personen sorgen bei den Anhängern Ihrer Partei für besondere Beunruhigung, beispielsweise Hans-Jürgen Irmer, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und schulpolitische Sprecher der CDU, der mit Ausfällen gegen Ausländer, Muslime und Homosexuelle für Empörung sorgt. Wie schwer haben die Grünen an dieser Pille zu schlucken?

Wir werden diese Pille nicht schlucken. Wir haben unserem Koalitionspartner hinter den Kulissen, aber auch öffentlich im Landtag sehr deutlich gemacht, wie wir zu manchen unangemessenen Aussagen des Herrn Irmer stehen. Ich gehe davon aus, dass sich alle in der CDU-Landtagsfraktion ihrer individuellen Verantwortung für diese Koalition bewusst sind.

Auf Dauer muss Irmer gestoppt werden?

Ich habe keinen Anlass daran zu zweifeln, dass die CDU-Führung weiteren Entgleisungen von Herrn Irmer entgegentreten wird.

Haben Sie persönlich nicht manchmal ein ungutes Gefühl, wenn Sie schwarz-grüne Regierungspolitik in dem Wissen vertreten müssen, dass die Grünen doch eigentlich viel mehr wollten?

Es ist kein Geheimnis, dass die Grünen für einen kompletten Politikwechsel in Hessen angetreten sind. Das war von den Wählerinnen und Wählern nicht gewünscht. Was wir jetzt aber hinkriegen, ist Politikveränderung. Ich habe nicht den Eindruck, dass wir uns in der Koalition mit der CDU verbiegen müssen, sonst hätten wir sie nicht empfohlen. Wir sind jetzt mit in der

Verantwortung, das heißt, wir sind auch stärker der Kritik ausgesetzt. Aber so ist das in der Demokratie, und wir stellen uns dieser Verantwortung.

Es gab bei der Landtagswahl durchaus eine Mehrheit für einen Politikwechsel, wenn man SPD, Grüne und Linkspartei zusammennimmt.

Das Modell war nicht möglich, weil die Linkspartei in den Sondierungsgesprächen jegliche Übernahme von Verantwortung verweigert hat.

Worauf gründet sich diese Erkenntnis?

Insbesondere darauf, dass die Linken nicht zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik bereit sind. Zur Einhaltung der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse ist die Linke nicht in der Lage.

Wenn Schwarz-Grün bis 2018 gemeinsam regiert, welche Erfolge wollen die Grünen ihren Wählern dann als Rechtfertigung für das Bündnis präsentieren?

Wir wollen die Energiewende entscheidend voranbringen, das heißt eine Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien von 12,5 auf 25 Prozent, wir wollen mehr Öko-Landbau, mehr Ruhe am Frankfurter Flughafen, eine deutliche Verbesserung der Bildungs- und Betreuungssituation, ein verlässliches Sozialbudget, mehr Bürgernähe der Politik und den Schulfrieden. Nicht zuletzt: Wir setzen mit unserem Staatssekretär einen deutlichen neuen Schwerpunkt bei den Themen Integration und Anti-Diskriminierung.

Zwei Prozent Vorrangfläche für Windkraftanlagen, das ist für die Grünen die *Conditio sine qua non*?

Das ist eines der entscheidenden Ergebnisse des Energiegipfels vor zwei Jahren. Ohne Zubau an Windkraftanlagen ist die Energiewende in Hessen nicht zu schaffen.

Außer man setzt in Hessen stärker auf Offshore-Windkraft und lässt sie sich aus Norddeutschland über die neuen Stromtrassen liefern. Die vollständige Umstellung der hessischen Stromversorgung auf heimische Öko-Energie ist ja ohnehin nicht zu schaffen. Ein oder zwei Prozent - ist das dann nicht egal?

Nein, ist es nicht, denn da spielt die Preisfrage eine Rolle. Offshore-Windkraft ist deutlich teurer als dezentral erzeugte Windkraft im Binnenland. Und je mehr dezentrale Energie wir erzeugen, desto weniger müssen wir sie über weite Strecken transportieren.

Die Haushaltskonsolidierung ist das alles überlagernde Thema, denn spätestens 2020 muss Hessen einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen. Sind die Grünen bereit, den Bürgern die nötigen Einschnitte zuzumuten und dafür dann vermutlich abgestraft zu werden?

Die Schuldenbremse ist von den Hessen bei einer Volksabstimmung mit großer Mehrheit in die Verfassung aufgenommen worden und deshalb Verpflichtung. Für uns Grüne sind Generationengerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften nicht nur in Bezug auf den Umweltschutz elementar, sondern auch in der Frage, welche finanziellen Belastungen hinterlassen wir künftigen Generationen? Es ist eine Herkulesaufgabe, bis 2020 einen Landeshaushalt ohne neue Schulden zu erreichen. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern da etwas zumuten, und übrigens auch den Beschäftigten des Landes. Aber beispielsweise beim

Sozialbudget ist es uns eben auch gelungen, Akzente zu setzen, indem wir dort mehr Geld zur Verfügung stellen.

Die Fragen stellten Ralf Euler.

**Kasten:**

Zur Person

Seit fünf Jahren ist Kai Klose Mitglied des hessischen Landtags. Zuvor war der 40 Jahre alte Idsteiner Referent im Landesvorstand der Grünen, zudem von 2005 bis 2011 politischer Geschäftsführer der Partei. Der studierte Pädagoge steht für den Anstieg der Mitgliederzahlen und den Aufstieg zur Regierungspartei. Nicht zuletzt ihm ist es zu verdanken, dass es nach der Landtagswahl zur Annäherung an die Union kam und dass am Ende ein Koalitionsvertrag vorlag, dem in einer Grünen-Mitgliederversammlung eine Dreiviertelmehrheit zustimmen konnte.

Seit jener Versammlung im Dezember führt Klose, zusammen mit der ehemaligen Darmstädter Bundestagsabgeordneten Daniela Wagner, den Grünen-Landesverband - als Nachfolger des zum Wirtschaftsminister avancierten Tarek Al-Wazir. (ler.)

Quelle: Allgemeine Sonntagszeitung, 6. April 2014, RHEIN-MAIN (Rhein-Main), Seite R3 - Ausgabe R-F, Autor: Ralf Euler

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.